

Transit mit Stolpersteinen

Nepals schwieriger Weg vom Waffenstillstand zu dauerhaftem Frieden

Thomas Döhne

Nur wenige Monate sind seit dem Volksaufstand gegen das königsgeführte Regime im Frühjahr vergangen. Im Frühjahr 2006 hatte eine von der oppositionellen Sieben-Parteien-Allianz geführte und von den Maoisten aktiv unterstützte Kampagne den Rückzug des Königs und die Wiedereinsetzung des von ihm 2002 aufgelösten Parlaments erzwungen. Zuvor hatten landesweit zunächst Zehntausende, dann Hunderttausende trotz verhängter Ausgangssperren und Schießbefehle gegen das autokratische Königsregime und für die Wiederherstellung demokratischer Verhältnissen im Land demonstriert. 21 Menschen waren während des 19 Tage anhaltenden Generalstreiks getötet, mehr als 5.000 verletzt worden. Während einige der Verletzten bleibende Schäden erlitten haben und zum Teil noch immer im Krankenhaus liegen, ist hier in Kathmandu zumindest äußerlich der politische Alltag eingelebt. Doch der Weg zu freien Wahlen, zur Kontrolle der Milizen und zur Durchsetzung rechtsstaatlicher Normen ist noch weit. Der Friedensprozess ist in einer Phase der Stagnation geraten.

Im August haben die Maoisten den Ende April zunächst für drei Monate erklärten Waffenstillstand unbefristet verlängert. Ihre politischen Führer sind aus dem Untergrund aufgetaucht und werden von den Medien interviewt und zitiert. In Kathmandu wurde ein Kontaktbüro der Kommunistischen Partei (Maoisten) eröffnet, führende Vertreter der Maoisten und der demokratischen Sieben-Parteien-Regierung bekräftigen öffentlich ihren Willen, den Waffenstillstand in einen dauerhaften Frieden zu überführen. Doch es ist unverkennbar, dass die Verhandlungen über das weitere Prozedere im Friedensprozess ins Stocken geraten sind. Der Weg vom Waffenstillstand zu einem dauerhaften Frieden erweist sich als schwierig. Während in den Hinterzimmern der Macht um politische Lösungen gerungen wird und die meisten Menschen wieder ihren Alltagsgeschäften nachgehen, ist bei Vielen eine Verunsicherung darüber spürbar, wie es politisch weiter gehen soll. Auch wenn

beide Konfliktparteien in öffentlichen Verlautbarungen ihre Entschlossenheit betonen, ernsthaft an einer politischen Lösung des Konflikts zu arbeiten, sind die Differenzen zwischen den politischen Akteuren unverkennbar.

Regierung mit geringem Handlungsspielraum

Wie angespannt die Lage hinter der Fassade von Normalität selbst in der Hauptstadt ist und wie begrenzt zugleich der politische Handlungsspielraum der Regierung, wurde in der zweiten Augusthälfte offenbar. Die staatliche Ölgesellschaft hatte trotz anhaltenden Anstiegs des Ölpreises auf dem Weltmarkt monatelang die Preise für Gas, Benzin und Kerosin künstlich stabil gehalten. Auf diese Weise war ein gigantisches Defizit entstanden. Der Zahlungsrückstand gegenüber indischen Zulieferern soll sich auf über acht Milliarden Rupien belaufen haben. Als diese damit drohten, ihre Lieferungen einzustellen, sah sich die Re-

gierung gezwungen, die Preise für Gas, Benzin und Kerosin drastisch zu erhöhen. Es kam zu Demonstrationen, die von schweren Unruhen begleitet waren. In verschiedenen Stadtteilen wurden Autoreifen verbrannt, zahlreiche Geschäfte wurden demoliert oder geplündert, Passanten verprügelt. Die



Bauchladenhändler bei seinen Alltagsgeschäften

Thomas Döhne

Hauptstadt war erneut zwei Tage lahm gelegt und die Regierung sah sich anschließend gezwungen, die Preiserhöhungen wieder zurück zu nehmen. Es kursieren Gerüchte, wonach diese Unruhen nicht spontan entstanden, sondern politisch gesteuert waren, um die Regierung zu schwächen.

Streitpunkt Entwaffnung der Maoisten

Nach wie vor bestehen Differenzen darüber, wie das weitere Verfahren zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung aussehen soll. Erst kürzlich hatte eine Delegation von amerikanischen Kongressabgeordneten Nepal besucht. Der Leiter der Delegation, Jim Kolbe, hatte auf einer Pressekonferenz in Kathmandu erklärt: „Falls sie (die Maoisten) wirklich bereit sind, ihre Waffen niederzulegen, kann ihre Etikettierung als terroristische Organisation aufgehoben werden. ... Falls die Maoisten weiterhin Aktivitäten wie erzwungener Spendeneintreibung, Entführungen usw. nachgehen, wird es schwierig, den politischen Prozess fortzuführen.“ Die USA unterstützen damit die Position von Ministerpräsident Koirala, der die Waffenkontrolle der Maoisten ebenfalls zur Voraussetzung für die Fortführung des Friedensprozesses und die Durchführung von Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung gemacht hat. Es besteht Hoffnung, dass die Frage der Waffenkontrolle mit Hilfe der Vereinten Nationen in den nächsten Monaten geklärt werden kann doch die Zeit drängt.

Ein weiterer Streitpunkt ist um die Frage der Zukunft der Monarchie in Nepal entbrannt. Während König Gyanendra durch mehrere vom Parlament abgesegnete Regierungsbeschlüsse seine bisherigen Verfassungsprivilegien weitgehend verloren hat und hinter der Verschwiegenheit der Palastmauern abgetaucht ist, hat sich Ministerpräsident Koirala öffentlich für die Beibehaltung der Monarchie und ihre Begrenzung auf rein zeremonielle Funktionen ausgesprochen. Dies hat nicht nur die Maoisten verärgert, sondern auch zu Unstimmigkeiten



Thomas Döhne

Preise für Gas, Benzin und Kerosin wurden drastisch erhöht, wodurch es zu Demonstrationen kam.

seitens derjenigen im Regierungsbündnis vertretenen Parteien geführt, die sich gegen eine Beibehaltung der Monarchie oder zumindest für einen Volksentscheid in dieser Frage aussprechen.

Fehlende Rechtsstaatlichkeit im Hinterland und die Frage freier Wahlen

Während die unterschiedlichen politischen Akteure im Machtzentrum um die Zukunft des Landes streiten, die nepalische Armee in die Kasernen zurückgekehrt ist und die regulären Einheiten der maoistische Volksarmee sich in verschiedenen übers Land verteilten Sammellagern aufhalten, kommen aus den ländlichen Peripherien nach wie vor Meldungen von gewaltsamen Übergriffen und Verletzungen der Waffenruhe. Diese Vorfälle zeigen, dass dort rechtsstaatliche Normen weitgehend außer Kraft gesetzt sind. Die Maoisten haben vielerorts parallele Verwaltungsstrukturen und ein Gewaltmonopol aufgebaut, das keine politische Opposition duldet. Sie erheben weiterhin Revolutionssteuern, halten Gericht, und schränken die Meinungs- und Bewegungsfreiheit der Menschen ein.

Außerdem werden nach wie vor Jugendliche für ihre bewaffneten Mi-

lizen rekrutiert. Diese sind wegen ihrer Unberechenbarkeit bei Teilen der ländlichen Bevölkerung mehr gefürchtet als reguläre Einheiten der Volksarmee. In manchen Gegenden operieren zudem auch weiterhin bewaffnete Bürgerwehren, die Selbstjustiz gegen vermeintliche Maoisten und deren Unterstützer üben. Im nepalisch-indischen Grenzgebiet treiben Räuberbanden ihr Unwesen, rauben Nachtbusse aus oder überfallen Dörfer.

Nach Angaben von Rebellenchef Prachanda verfügen die Maoisten in den ländlichen Gebieten über 100.000 Milizionäre, von denen viele bewaffnet sind. Die Frage, wie diese Milizen und andere bewaffnete Gruppen kontrolliert werden sollen, ist noch gar nicht Gegenstand laufender Verhandlungen. Daher ist fraglich, ob die Durchführung freier und fairer Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung unter solchen Bedingungen überhaupt realistisch ist. Falls solche Wahlen heute stattfänden, würden die Maoisten mit hoher Wahrscheinlichkeit in den ländlichen Gebieten einen erheblichen Stimmenanteil erhalten. Es fragt sich nur, ob aus echter Sympathie oder aufgrund des bewaffneten Drohpotenzials.